

Einer bleibt dauerhaft in Gewahrsam. Sechs von den zehn sind Nicht-Deutsche, die meisten sind sehr jung, um die 20 Jahre alt. Heute, am 4.6. sind mind. 54 Menschen in Gewahrsam genommen worden. Der Mehrzahl wird schwerer Landfriedensbruch vorgeworfen. Zur Dauer der Ingewahrsamnahmen stellte das Landgericht Rostock gestern in einer Entscheidung fest, dass es sich bei einer Ingewahrsamnahme, die 7,5 Stunden gedauert hatte, schon nach 2:20 Std. um rechtswidrige Freiheitsberaubung gehandelt hatte. Hierzu gibt es auch



Polizisten wehren sich in Todesangst vor militanten, verummten Autonomen

einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, der besagt, dass bei Ingewahrsamnahmen umgehend ein RichterIn entscheiden muss und dass möglich sein muss, eineN AnwaltIn zu sprechen. In beiden Gefangenensammelstellen (GeSas) in Rostock, in der Ulmen- und in der Industriestr. sind ständig AnwaltInnen anwesend, so dass Betroffene eigentlich die Möglichkeit haben müssten, AnwaltInnen zu sehen.

Nach dieser Entscheidung vom Sonntag konnte festgestellt werden, dass die Ingewahrsamnahmen gestern weniger lange dauerten, heute allerdings wieder länger mit teilw. acht Stunden. In der gesamten Stadt Rostock, vor allem am Hbf., finden Personenkontrollen statt und werden Personen in Gewahrsam genommen, etwa weil sie Taschenmesser mit sich führen. Bei Ingewahrsamnahmen finden massiv Übergriffe der Polizei statt. Verletzten wird die medizinische Versorgung verweigert, stattdessen werden sie direkt in die GeSas gebracht. In einem Fall ist eine Einheit in eine an der Haltestelle stehende Straßenbahn gestürmt, hat alle verprügelt,

die schwarze Kleidungsstücke trugen und hat die Bahn sofort wieder verlassen. Zur Situation am 4.6. in Rostock: Aus Perspektive des Legal Teams stellt sich dar, dass die Polizei die Situation in Rostock aktiv eskaliert. So wurden bspw. vor der Ausländerbehörde wurden heute morgen mehrfach RechtsanwältInnen bedroht («Halt's Maul«, oder »Du kriegst was in die Presse«) und in Lichtenhagen geschlagen, mit Festnahmen bedroht und mit Platzverweisen belegt (die wieder zurück genommen werden mussten). Auch AnwaltInnen sind körperlich

misshandelt worden, eine Anwältin ist gestürzt und hat sich am Arm verletzt. Es werden Festnahmen und Platzverweise angedroht. In einem Fall wurde sowohl Anwalts- als auch Personalausweis für 10 Min. einbehalten. Ein belgischer Anwalt befand sich zwei Stunden in einem Kessel. Der RAV führt dies auch darauf zurück, dass ein angebotenes Erörterungsgespräch von der Kavala abgeblockt worden war. An den Aktionen beteiligte AktivistInnen wurden massiv bedroht. So wurde während der Demonstration nachmittags wörtlich gesagt »Wir werden uns für Samstag rächen, wenn Ihr hier weiter demonstriert«, »Wollt Ihr sterben?« Besonders aggressiv fiel die 23. Einsatzhundertschaft aus Berlin und das USK aus Bayern auf. Die Demonstration wurde auf Anordnung der Kavala nicht auf der angemeldeten Route in die Innenstadt gelassen, weil die Demonstration nur für 2.000 Personen angemeldet worden sei und nun viel zu groß sei. Tatsächlich steht in der Anmeldung ca. 5.000 erwartete Personen. Der örtliche Einsatzleiter schätzte die Demonstration als nicht gewalttätig

ein und konnte keine Vermummung erkennen. Die Polizei meldete frühzeitig 8.000 Demo-Teilnehmer, Agenturen sogar 10.000, während Demo-TeilnehmerInnen durchgehend von »mehreren Tausend« oder »etwa 5.000« sprachen. Die Versammlungsbehörde hatte der Einsatzleitung vor Ort die Anweisung gegeben, die Demo an der Kreuzung Park-/Dethardingstraße nicht weitergehen zu lassen. Nach längeren Verhandlungen zwischen Demo-Leitung und Einsatzleitung darüber, ob die Demo auf der geplanten Route weitergehen kann, fand



Polizisten wehren sich in Todesangst vor militanten, verummten Autonomen

eine spontane Pressekonferenz statt. Hier »remonstrierte« der Einsatzleiter, d. h. er erklärte den Befehl, die Demo nicht weiterlaufen zu lassen für seines Erachtens rechtswidrig und führte ihn nur aus, weil er per Befehl dazu gezwungen war. Die Demonstrationsleitung löste die Demonstration daraufhin auf und forderte die TeilnehmerInnen auf, in kleinen Gruppen zur Abschlusskundgebung im Stadthafen zu gehen. Die Polizei kündigte an, keine Spontan-Demos zuzulassen. Es bildeten sich schnell größere Gruppen, die alle in derselben Richtung unterwegs waren. Nele Hirsch (MdB, Die Linke) meldete daraufhin eine Demonstration an, die ruhig Richtung Stadthafen lief. Es zeichnet sich ab, dass die Kavala sich mit ihren Einschätzungen durchsetzt, auch in Fällen, die von den Einsatzleitungen anders eingeschätzt werden. Hier gibt es ein eindeutiges Kompetenzgerangel. Eine Anwältin dazu: »Die Kavala ist ein Staat im Staate«.

KONTROLLEN NEHMEN ZU

Mit dem Wechsel der Einsatzleitung nehmen Vorkontrollen verstärkt zu. Auf Zufahrtsstraßen, an S-Bahnhöfen und an Camp-Ausgängen kommt es immer wieder zu Kontrollen. Die Polizeipräsenz in der Nähe des *Camps Fischereihafen Rostock* hat zugenommen. Personengruppen werden beim Verlassen

des Camps kontrolliert. Die Polizei versucht durchzusetzen, dass Gruppen nicht grösser als 15 Personen sein dürfen. Die B103 von Rostock Fischereihafen nach Rostock Laage wird besonders stark kontrolliert.

JOURNALIST_INNEN DÜRFEN NICHT BERICHTEN

Auf »Empfehlung des BKA« werden Akkreditierungen von bereits akkreditierten Journalist_innen zurückgezogen, vornehmlich für solche, die bereits kritisch über die bundesweiten Durchsuchungen berichtet haben. (Quelle: Deutsche Journalistinnen und Journalisten Union)

Der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes Konken sagt, es dränge sich der Eindruck

auf, dass kritische Berichterstattung über den G8-Gipfel unterdrückt werden soll. Die Polizei sagt dazu, dass sie die Aufregung nicht verstehe, schließlich seien bei der Fussball-WM auch schon viele Journalist_inn_en von der Berichterstattung ausgeschlossen worden.

AUSSETZUNG DES SCHENGENER ABKOMMENS

n24 meldet am 5.6. 10:43 Uhr: Seit Aussetzung des Schengener Abkommens vollstreckte die Polizei an den Grenzen 35 Haftbefehle und verweigerte 85 Personen die Einreise, wie der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Stefan Kaller, in Berlin mitteilte. Insgesamt seien 500.000 Personen kontrolliert worden.

INDYMEDIA-TICKER

15:05 Repression

Solikundgebung vor der JVA Waldeck (ca. 11 km südlich von Rostock): ca. 30 Menschen sind vor der JVA und erklären sich solidarisch zu den inhaftierten Menschen, die ein Schnellverfahren bekommen sollen.

14:00 Antimilitarismus

Rostock-Warnemünde: die Abschlusskundgebung der antimilitaristischen Demo in Warnemünde findet am S-Bahnhof Warnemünde mit 1500-2000 TeilnehmerInnen statt. Die Stimmung ist gut, es gibt viele Redebeiträge, die Polizei hält sich zurück.

13:30 Antimilitarismus

Warnemünde: Die Demonstration ist losgegangen. Inzwischen sind ca. 800 Menschen unterwegs und haben gute Laune.

13:00 Antimilitarismus

Rostock-Warnemünde: Die Kundgebung bei EADS in Warnemünde hat mit etwa 500 TeilnehmerInnen angefangen. Die Kundgebung hat die Auflage, nur eine Strassenseite zu benutzen. Es gibt Vorkontrollen am S-Bahnhof und auf der B103.

12:00 Antimilitarismus

Nachdem die Kundgebung in Vorder-Bollhagen gegen die israelische Besatzung abesagt worden war, gingen viele TeilnehmerInnen zu einer Aktion gegen die Firma Caterpillar in der Carl-Hopp-Str. in Rostock. Caterpillar ist ein Unternehmen, das Bulldozer produziert, die von der israelischen Armee dazu eingesetzt werden, um palästinensische Häuser und Land zu zerstören. Andere AktivistInnen machten sich auf den Weg zur antimilitaristischen Demo in Warnemünde.

11:40

Vorder-Bollhagen: Israelisch-Palästinensische Gedenkveranstaltung abgebrochen. Die für 11 Uhr geplante Kundgebung zur Erinnerung an 40 Jahre israelische Besatzung und gegen die Mauer fand nicht statt. Die Veranstalter sahen sich angesichts der Polizeipräsenz und der Auflage, mit max. 15 TeilnehmerInnen, die vorher ihre Personalien kontrollieren lassen sollten, nicht in der Lage, die Veranstaltung durchzuführen.

06:30 Repression

Die Kavala hat alle Versammlungen am Donnerstag verboten, einschließlich aller angemeldeten Versammlungen außerhalb der Zonen I und II, die die OrganisatorInnen als Ersatzveranstaltungen angemeldet hatten für den Fall das die Allgemeinverfügung vom Verfassungsgericht bestätigt wird.

CSB BURNING NEWS

täglich gg. 15 Uhr
und 19 Uhr

#1



● **JEDEN ABEND** AB CA. 19:30
VOKU UND VV IM GÖRLITZER PARK
EINGANG SKALITZER STRASSE / VOR DEN HALLEN

● **CLASH** GNEISENAUSTRASSE 2
HH
KÖPI KÖPENICKER STRASSE 137 B-
MITTE

● **MOBILER INFOPUNKT** IM BEREICH
ORANIENSTRASSE / HEINRICHPLATZ /
GÖRLITZER PARK

● **DE.INDYMEDIA.ORG/TICKER**

V.I.S.D.P.: A.MELI AXEL-SPRINGER-WEG 1A 10999 BERLIN

- Zum Stand der Festnahmen
- Kontrollen nehmen zu
- Journalist_innen dürfen nicht berichten
- indymedia-ticker

ZUM STAND DER FESTNAHMEN:

Legal Team zur Migrationsdemo und dem Verlauf der ersten Tage

((ii)) 05.06.2007 00:35 Themen: G8
Heiligendamm Repression

Seit Samstag hat es insgesamt mind 322 Ingewahrsamnahmen gegeben: am 2.6. 182, am 3.6. 96, davon



Polizisten wehren sich in Todesangst vor militanten, verummten Autonomen

sind noch zehn Menschen in Haft. Von diesen zehn werden neun in Schnellverfahren noch diese Woche vor dem Landgericht verurteilt werden (Di. u. Mi.).